A27

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GJSH (dort beschlossen am: 07.03.2025)

Titel: **Queeres Leben sichern**

Antragstext

Queeres Leben sichern

Die vergangenen Wahlen haben gezeigt, dass auch Deutschland vor dem Rechtsruck, der durch Europa und die Welt geht, nicht sicher ist. Diese Wahlergebnisse spiegeln nur wider, was in der Gesellschaft schon längst Realität ist. So hat die Gewalt gegen marginalisierte Gruppen stark zugenommen.

Von Rechten wird die Vielfalt unserer Gesellschaft immer wieder systematisch angegriffen. Unsere Demokratie und Gesellschaft lebt von den unterschiedlichen Perspektiven und Lebensrealitäten, die von den verschiedensten Menschen eingebracht werden können. Eine Gewährleistung der Sicherheit für diskriminierte Gruppen ist für die Sicherung der Vielfalt und unserer Demokratie also essenziell.

Die Anzahl der queerfeindlichen Gewalttaten hat zuletzt nicht nur bundesweit, sondern auch in Schleswig-Holstein stark zugenommen. Zuletzt hat sich das in Lübeck gezeigt, als eine Gruppe queerer Jugendlicher in einem eigentlichen sicheren Raum bedroht wurde.

Alle Menschen müssen die Möglichkeit für Austausch, Beratung und Freundschaft haben, ohne Angst vor Verfolgung. Das wollen wir in Schleswig-Holstein für queere Menschen sicherstellen. Eine Aufnahme der „sexuellen Identität“ sowohl in das Grundgesetz als auch in die Landesverfassung Schleswig-Holsteins ist der einzig richtige Schritt in die Anerkennung von LSBTIQ* Menschen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft, sowie ein Schritt in die richtige Richtung zum nachhaltigen Schutz und das Anrecht auf Gleichberechtigung und Gleichbehandlung für queere Menschen.

Wir fordern mehr sichere Räume für queere Menschen. Insbesondere queeren Jugendlichen muss es möglich gemacht werden, sich in sicheren Räumen mit anderen queeren Menschen auszutauschen. Deswegen befürworten wir ausdrücklich die Einrichtung queerer Jugendzentren und fordern eine Sicherstellung der Finanzierung. Auch in ländlichen Räumen müssen sichere Räume und Angebote für queere Menschen geschaffen werden, z.B. durch ein mobiles Beratungsangebot.

Wir fordern, dass sichergestellt wird, dass geschützte Räume, die geschaffen werden auch den Schutz erhalten, den sie benötigen. Das erfordert ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Polizei und den zu schützenden Gruppen. Dafür benötigt es intensivere Weiterbildung der Beamt*innen und eine verstärkte Präsenz der Ansprechstelle LSBTIQ* innerhalb der Polizei.

Unterstützer*innen

Vincent Schlotfeldt (KV Plön), Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg), Robert Wlodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg), Malena Trede (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Ocean Renner (KV Nordfriesland), Sören Lerke (KV Pinneberg), Lucas Hohan (KV Ostholstein), Ben Jasper Kasch (KV Pinneberg), Jesper Ole Berg (KV Lübeck), Alexandra Königshausen (KV Flensburg), Freydis Mende (KV Flensburg), Melissa Sieber (KV Schleswig-Flensburg), Ricarda Eckert (KV Schleswig-Flensburg), Ben Lüdke (KV Steinburg), Lenny Joe Christiansen (KV Ostholstein), Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Scarlett Schmit (KV Steinburg), Kalle Demmert (KV Lübeck), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Susanne Lohmann (KV Stormarn), Leonie Fischer (KV Pinneberg), Bent Ole Aude (KV Steinburg), Oliver Lorentzen (KV Pinneberg)